



UKRAINISCH-RUSSISCHER GASHANDEL DIE INSTRUMENTE DES KYOTO-PROTOKOLLS AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN

■ ANALYSE		
Die ukrainisch-russischen Gasbeziehungen nach dem Konflikt von 2009		2
Von Katerina Malygina, Bremen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Der russisch-ukrainische Gashandel		7
■ UMFRAGE		
Bewertung des neuen Gas- und Flottenvertrages		10
■ ANALYSE		
Ukraine: zwischen Kopenhagen und Mexiko		11
Von Iryna Borysova, Kiew		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Der ukrainische CO ₂ -Ausstoß im internationalen Vergleich		13
■ STATISTIK		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		16
■ CHRONIK		
Vom 13. bis zum 27. April 2010		19
■ LESEHINWEIS		
OSTEUROPA-Themenheft Ukraine		20

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Die ukrainisch-russischen Gasbeziehungen nach dem Konflikt von 2009

Von Katerina Malygina, Bremen

Zusammenfassung

Der Gas-Krieg vom Januar 2009 endete mit der Unterzeichnung eines Liefer- und eines Transitvertrags zwischen der Ukraine und Russland für die Jahre 2009 bis 2019. Deren Langfristigkeit erwies sich jedoch als trügerisch. Die Asymmetrie der Verträge sowie die für die ukrainische Wirtschaft belastenden hohen Gaspreise führten zu einer Überprüfung und Ergänzung der Gasverträge im November 2009 und zur Ratifizierung eines neuen Vertrages im April 2010.

Einleitung

Mit der Machtübernahme durch Viktor Janukowitsch im Februar 2010 hat sich der energiepolitische Dialog zwischen der Ukraine und Russland dramatisch verändert. Noch vor seinem Amtseintritt sprach sich Janukowitsch für eine Überprüfung der Gasverträge mit Russland und »gerechte« Gaspreise für die Ukraine aus. Um Russlands Interesse an einer abermaligen Prüfung der Verträge hervorzurufen, schlug Janukowitsch vor, zu einer der Idee aus dem Jahre 2002 – einem internationalen Gastransport-Konsortium – zurückzukehren. Diese Absicht rief in der Ukraine allerdings einen Proteststurm hervor. Viktor Janukowitsch hatte dennoch weiterhin die Senkung der Gaspreise im Visier und fand einen anderen Weg sein Ziel durchzusetzen: Am 21. April 2010 kam es in Charkiw zu einer Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland, nach der die Ukraine Rabatte auf die russischen Gaspreise erhalten soll, wobei der Preisnachlass teilweise durch die Pacht für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim ausgeglichen wird. Darüber hinaus wird die Dauer des Aufenthalts um 25 Jahre bis zum Jahr 2042 verlängert. Eine solche Praxis der Vertragsgestaltung existiert in den ukrainisch-russischen Gasbeziehungen schon seit 1997: So »zahlt« Russland für die Nutzung des Marinestützpunkts auf der Krim 98 Mio. US-Dollar jährlich, indem alte ukrainische Gas-Schulden abgeschrieben werden. Dennoch wirkt die neue Vereinbarung in der Ukraine provozierend und rief massive Proteste bis hin zum Vorwurf der Preisgabe der ukrainischen Souveränität hervor. In diesem Zusammenhang wurde die neue Vereinbarung sehr schnell als »Janukowitschs Charkiw-Pakt« abgestempelt.

Folgen der Gasverträge vom 19. Januar 2009 für Russland

Eine der wichtigsten Folgen des sogenannten Gaskrieges im Jahr 2009 war die Ausschaltung des Gaszwischenhändlers RosUkrEnerg (RUE) aus dem Gashan-

del zwischen Russland und der Ukraine. Russland hat von dieser Veränderung letzten Endes vermutlich stärker profitiert als die Ukraine, obwohl diese den Prozess in Gang gebracht hatte. Erstens wickelte Russland 2009 den Gastransit durch die Ukraine über Tauschgeschäfte ab, wodurch 1,7 Mrd. US-Dollar Schulden bei RUE gegenüber Gazprom aufliefen. Zweitens konnte Russland die Bedingungen des Gasvertrags mit Polen zum eigenen Vorteil verändern. Nach der Liquidierung des Zwischenhändlers erhielt Polen nun nicht mehr die vertraglich vereinbarten Gasmengen von RUE, woraufhin das Land Gespräche mit Gazprom über die Bereitstellung zusätzlicher Gasmengen aufnahm. Die sich über ein Jahr hinziehenden Verhandlungen mit Polen sollen bald in der Unterzeichnung eines neuen zwischenstaatlichen Vertrags münden, der die Bedingungen für die Gaslieferungen bis zum Jahr 2037 festlegt. Laut dieser Vereinbarung wird Gazprom Gas im Wert von 100 Mrd. US-Dollar nach Polen liefern. Dies wäre einer der umfangreichsten Gasverträge, die Gazprom jemals unterzeichnet hat. Neben diesem langfristigen Vertrag erreichte Gazprom die Bestätigung des Einstimmigkeitsprinzips bei Entscheidungen der Unternehmensleitung von Europogaz, dem Joint Venture aus Gazprom und dem polnischen Öl- und Gasunternehmen PGNIG. Aufgrund der Änderungen, die Gazprom seit 2006 durchzusetzen sucht, kann die polnische Seite die Tarife für den Gastransport durch den polnischen Teil der Jamal-Gasleitung (Russland–Polen–Deutschland) nicht mehr selbst festlegen.

Die für Gazprom vorteilhaften Gasverträge erlaubten es dem Unternehmen die sinkenden Einnahmen aus Gasverkäufen in Europa im Krisenjahr 2009 zu kompensieren – auf Kosten der Ukraine. Nach Angaben der russischen Zollbehörden sind die Einnahmen aus russischen Gasverkäufen ins Ausland im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008 um 40 % gesunken und betragen nur noch 39,4 Mrd. US-Dollar, wobei ein Fünftel der Einnahmen Gazproms über den Gasexport in die Ukraine eingenommen wurde (8 Mrd. US-Dollar). Deshalb war

es Russland wichtig, dass die Ukraine das importierte Gas auch wirklich bezahlt, und zwar vollständig. Während des Jahres 2009 wurde die russische Führung nicht müde, immer wieder ein und dieselbe Botschaft an die westlichen Partner zu wiederholen – die Schwierigkeiten der Ukraine bei der Begleichung der russischen Gasrechnungen könnten abermals zu Problemen mit dem Gas transit durch die Ukraine führen. Diese PR-Kampagne von Gazprom sollte zwei Zielen dienen: Die Ukraine sollte als unsicheres Transitland abgestempelt werden und dadurch die Bemühungen um die die Ukraine umgehende Nord- und South-Stream Pipeline vorangetrieben werden. Zweitens sollte Europas Aufmerksamkeit von den Finanzproblemen bei Gazprom weggelenkt und gleichzeitig die EU und der Internationale Währungsfonds zu finanzieller Hilfe für die Ukraine bei der Bezahlung der Gasrechnungen gezwungen werden.

Das Vorgehen des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin zeugt von der Beharrlichkeit, mit der Gazprom versuchte, ausländische Investoren zur Absicherung der fristgerechten Zahlung der Ukraine für das Gas heranzuziehen: Als Anfang Juni 2009 eine hitzig geführte Debatte um die nötige Befüllung der ukrainischen unterirdischen Gasspeicher ausbrach, rief Putin den Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso an und schlug ihm vor, der Ukraine einen Kredit in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar zu gewähren. Er erhielt eine Absage und wandte sich daraufhin mit einem ähnlichen Vorschlag an den IWF. Diesmal schlug Russland vor, dass für die Bezahlung des Gases Mittel verwendet werden könnten, die durch die Aufstockung der IWF-Reserven auf dem G20-Gipfel vom 2. April 2009 frei geworden waren. Zur Erinnerung: Auf Bitten dieser 20 industriell entwickelten Länder wurden im August spezielle Sonderziehungsrechte des IWF an die Mitgliedsländer vergeben. Die Ukraine verwendete ihren Anteil sofort für die Bezahlung der russischen Gasrechnungen im Herbst 2009. Ohne die aktive Einmischung Russlands hätte die Ukraine den Zahlungsplan wohl nicht erfüllen können, was wiederum zu einer Verschlechterung der ukrainisch-russischen Gasbeziehungen hätte führen können.

Eine direkte Folge des Gaskonfliktes zwischen Russland und der Ukraine im Januar 2009 war das wachsende Bemühen Russlands um eine Diversifizierung der Gastransportwege unter Umgehung der Ukraine – insbesondere ging es um die Pipelines Nord- und South-Stream. Der Erfolg der Russen ist nun offensichtlich: Im Februar 2010 erhielt Gazprom alle Genehmigungen, die für den Bau der Nord-Stream Pipeline nötig sind, und im April 2010 wurde der Bau der Pipeline offiziell

gestartet. Auch das Projekt South-Stream erhielt 2009 breite internationale Unterstützung und Gazprom hat bereits Verträge mit Bulgarien, Serbien, Ungarn, Griechenland, Slowenien, Kroatien und Österreich über den Bau jenes Teils der Pipeline abgeschlossen, der auf ausländischem Festland erfolgen muss. Es steht außerdem zu erwarten, dass die Türkei bis November 2010 ihre Erlaubnis zum Bau der South-Stream Pipeline in ihren Gewässern erteilt. Allerdings betragen die im Innovationsprogramm von Gazprom vorgesehenen Mittel für die beiden Gasleitungen insgesamt nur 4,65 Mrd. US-Dollar, was lediglich für die Verlegung des ersten Abschnitts der Nord-Stream Pipeline ausreichen wird, den Gazprom bereits im Jahr 2011 in Betrieb nehmen will. Darüber hinaus hat Russland im Februar 2010 die Ausbeutung des Stockmann-Gasfeldes, dessen Gas über die Nord-Stream Pipeline nach Europa transportiert werden soll, um 3 Jahre verschoben (auf 2016/17). Auf die Realisierung der von Gazprom konzipierten Projekte hat auch die schleichende Revolution bei der Förderung von Schiefergas in den USA Einfluss, die teilweise schon zur Umlenkung von Flüssiggas aus Katar von Nordamerika nach Europa geführt hat und damit zum Katalysator für den Preisverfall bei Erdgas in der EU geworden ist. Ungeachtet der Polemik Gazproms wird die Umsetzung der South-Stream Pipeline in naher Zukunft vermutlich ebenfalls gestoppt werden.

Im Jahr 2009 bemühte sich Russland, allgemeingültige Transitregeln in bereits abgeschlossene oder neue internationale Verträge einzuschreiben. Das Ziel – »Senkung der Risiken für den Transit und den Transport russischer Energieträger auf die Exportmärkte« – wurde in der neuen russischen Energiestrategie bis 2030 vom 13. November 2009 klar festgelegt. Nach dem Gaskonflikt mit der Ukraine hatte Russland seine Unterschrift unter der Energiecharta zurückgezogen und startete im April 2009 eine Initiative zur Ausarbeitung eines neuen Konzepts für eine Zusammenarbeit im Energiebereich, wobei alle wichtigen Produzenten-, Transit- und Verbraucherländer zusammengebracht werden sollen. In diesem Jahr wird Russland damit höchst vermutlich Erfolg haben: Zu Beginn des Jahres 2010 erklärte der Chef der Vertretung der Europäischen Kommission in der Russischen Föderation Fernando Valenzuela, dass die Energiecharte nochmals überprüft werden könne, um auch Russlands Interessen zu berücksichtigen.

In Bezug auf die Durchsetzung seiner Gasinteressen war das Krisenjahr 2009 für Russland ein erfolgreiches. Nichtsdestotrotz führte die Brüsseler Erklärung, die auf der internationalen Geberkonferenz zur Modernisierung des ukrainischen Gastransportsystems

(GTS) vom 23. März 2009 verabschiedet wurde, zu einer Schwächung der russischen Position. Entsprechend dieser Deklaration verpflichtet sich die Ukraine zur Modernisierung des Gastransportsystems und erhält dafür Kredite von europäischen Banken. Aus russischer Sicht jedoch ist jede Modernisierung des GTS ohne Konsultation Russlands, des Gasverkäufers, töricht. Russland besteht auf einer dreiseitigen Zusammenarbeit bei der Modernisierung. Außerdem wurde in der Deklaration zum Ausdruck gebracht, dass die europäischen Unternehmen Gas unmittelbar an der russischen Grenze und nicht an den EU-Grenzen kaufen sollten. Diese Umstellung verringert den Einfluss Gazproms in der Ukraine als auch in Europa wesentlich. Die Brüsseler Erklärung rief natürlich scharfe Proteste vonseiten Gazproms hervor – die Delegation verließ sogar den Verhandlungstisch. Später, im November 2009, spielte die Ukraine dann die »Brüsseler Karte«, um von Russland Konzessionen bei den Gasverträgen zu erhalten.

Folgen der Gasverträge vom 19. Januar 2009 für die Ukraine

Zum wichtigsten Ereignis in der ukrainischen Politik wurde im Jahr 2009 die allmonatliche Intrige um die Begleichung der Gasrechnungen. Ungeachtet der sehr strikten Regelung für die Bezahlung des Gases (spätestens am siebten des Monats, sonst Übergang zu Vorauszahlungen) und der schwierigen wirtschaftlichen Situation im Land, zahlte die Ukraine fristgerecht für das russische Gas. Darin lag auch das persönliche Interesse von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Angesichts der näher rückenden Präsidentschaftswahlen war es ihr außerordentlich wichtig, den Glauben an die Zahlungsfähigkeit der Ukraine zu stärken und die Nachteile der von ihr unterschriebenen Gasverträge zu verschleiern.

Um die Verpflichtungen gegenüber Russland zu erfüllen, griff die ukrainische Ministerpräsidentin zu marktüblichen Methoden. So wurden die Gasrechnungen in erster Linie über Kredite von staatlichen Banken beglichen, wodurch die Staatsschulden der Ukraine 2009 auf 14 Mrd. US-Dollar anwuchsen, von denen die Hälfte für die finanzielle Hilfe für Naftohaz benötigt wurde. Für den Rechnungsausgleich wurden auch andere Kniffe angewandt: Rückerstattung der Mehrwertsteuer an Naftohaz (etwa 1 Mrd. US-Dollar, während der Staat anderen Unternehmen insgesamt 3,15 Mrd. US-Dollar Mehrwertsteuer schuldet), Monetarisierung der vom IWF im August 2009 erhaltenen Sonderziehungsrechte in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar und mit Beginn 2010 auch der Einsatz der Währungsreserven mit Erlaubnis des IWF (bis zu 2 Mrd. US-Dollar).

Diese Zahlungsmethoden waren nötig aufgrund der beklagenswerten finanziellen Lage bei Naftohaz. Im Herbst 2009 gelang es dem Unternehmen nur mit größter Anstrengung seine Schulden zu restrukturieren: Das Unternehmen konnte die Euro-Anleihen in Höhe von 500 Mio. US-Dollar nicht begleichen und zahlte stattdessen nur die Zinsen. Zum 1. Oktober 2009 erreichten die Schulden von Naftohaz eine Höhe von 5,3 Mrd. US-Dollar. Die Gesamtsumme der gerichtlichen Forderungen gegenüber Naftohaz betrug bis November 2009 bereits 4,75 Mrd. US-Dollar. Darüber hinaus vervierfachte RUE Mitte November seine Forderungen an Naftohaz auf 8,26 Mrd. US-Dollar aufgrund der Enteignung von 11 Mrd. m³ Gas zu Beginn des Jahres 2009.

Das Problem der Zahlungsfähigkeit der Ukraine auf lange Sicht grundsätzlich zu lösen, ist ohne eine systematische Restrukturierung von Naftohaz selbst nicht möglich. Hinreichend ineffektiv nimmt sich der Versuch der Regierung aus, die finanzielle Situation des Gaskonzerns durch die Übertragung der Führung des Gasleitungsnetzes an ein Tochterunternehmen von Naftohaz, an Naftohazset, das zu diesem Zweck im Juni 2009 gegründet wurde, lösen zu wollen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Netze in der Hand regionaler Gasversorgungsunternehmen (oblgaz) befunden, die das Gas an den Endverbraucher lieferten. Jedoch wurde Naftohaz von diesen Unternehmen nicht in vollem Umfang bezahlt: Deren Schulden für das zwischen 1999 und 2008 abgenommene Gas betragen am 1. Januar 2009 bereits 850 Mio. US-Dollar (nach derzeitigem Umrechnungskurs). Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen konnte sich die Regierung der Ukraine trotz der Forderungen des IWF und der europäischen Banken nicht zu radikaleren Maßnahmen, wie z. B. der Angleichung der Gastarife für die Bevölkerung an Marktpreise, entschließen. Stattdessen wurde 1 Mrd. US-Dollar aus dem Haushalt für den Ausgleich zwischen dem Ankauf von importiertem Gas und dem Verkauf an die Bevölkerung bereitgestellt.

Die Ukraine bezahlte zwar rechtzeitig die Gasrechnungen, hielt den Gasvertrag aber dennoch nicht in vollem Umfang ein: Sie nahm die vereinbarten Gasmenge nicht ab. Russland allerdings verhängte nicht die im Vertrag dafür vorgesehenen finanziellen Sanktionen.

Offiziell wurde diese Praxis erst gegen Ende des Jahres festgeschrieben. Am 24. November 2009 unterschrieben Gazprom und Naftohaz eine Zusatzklärung zum Gasvertrag vom 19. Januar 2009. Entsprechend der neuen Vereinbarung senkt die Ukraine die importierte Gasmenge aus Russland für das Jahr 2009 von den vorgesehenen 40 Mrd. m³ auf 33,51 Mrd. m³, und

für 2010 von 52 Mrd. auf 33,75 Mrd. m³. Auch wenn der Import 2009 tatsächlich nur 27 Mrd. m³ betrug, so wurde der Vertrag doch formal erfüllt, denn Naftohaz ist verpflichtet lediglich 80 % der vertraglich vereinbarten Gasmenge abzunehmen. In der neuen Vereinbarung wird auf Geldstrafen für die Nicht-Abnahme von Gas durch Naftohaz im Jahr 2009 verzichtet – dies wären immerhin 8 Mrd. US-Dollar gewesen (siehe Tabelle 1 auf S. 7). Die Unterzeichnung der neuen Vereinbarung Ende November verletzte den ursprünglichen Vertrag nicht, da dieser bereits die Möglichkeit zur Änderung der Gasmengen einräumt. Die Verträge hätten jedoch spätestens sechs Monate vor Beginn des betreffenden Lieferjahres unterschrieben werden müssen, bis Juli also.

Auch der Vertrag über den Transit russischen Gases durch die Ukraine wurde nicht in jeder Hinsicht eingehalten. Laut Vertrag muss die Bezahlung für den Transit ausschließlich mit Geldmitteln erfolgen. Aber schon im Winter 2009 kaufte Naftohaz die Schulden des ehemaligen Gaszwischenhändlers RUE gegenüber Gazprom im Wert von 1,7 Mrd. US-Dollar (oder 11 Mrd. m³) auf, indem es diese Schulden gegen die Zahlungen Gazproms für den Transit gegenrechnete. Im April 2009 hatte sich die Ukraine mit Russland beinahe auf den Kauf von Gas im Wert von 5 Mrd. US-Dollar geeinigt, um damit die unterirdischen Gasspeicher zu füllen – im Tausch gegen zukünftige Transitleistungen. Aus vielerlei Gründen kam es nicht dazu: Statt 19 bis 20 Mrd. m³ konnte die Ukraine von Russland nur 800 Mio. m³ kaufen. So haben die neuen Verträge das alte Barter-Prinzip der Verrechnung von Gaslieferungen mit Gastransporten nicht ausgemerzt, was die Formel zur Berechnung der Transitzkosten gegenstandslos macht.

Die Folgen der Gasverträge und der Gaspolitik Timoschenkos hatten verheerende Auswirkungen auf die ukrainische Wirtschaft. Übermäßig hohe Preise haben die wichtigsten ukrainischen Exportartikel – Metall und chemische Produkte – konkurrenzunfähig gemacht. Nach Angaben des Europäischen Chemieverbandes (CEFIC) betrug der Durchschnittspreis für Gas für Chemieunternehmen in der Ukraine im Juni 2009 318 US-Dollar für 1000m³ und war somit dreimal so hoch wie in der EU und sogar fünfmal so hoch wie in Russland. Infolge dessen spitzte sich die Wirtschaftskrise weiter zu und die ukrainische Wirtschaft erlitt im Jahr 2009 einen Einbruch um 15 % – den stärksten der letzten 15 Jahren.

Entwicklung der Gasbeziehungen nach den Präsidentschaftswahlen 2010

Wie bereits erwähnt, war eines der wichtigsten Ziele Timoschenkos im Gasbereich die Liquidierung des Zwi-

schenhändlers RUE, der zur Hälfte dem ukrainischen Oligarchen Dmitrij Firtasch gehörte. Infolge des Gaskrieges von 2009 wurde dieses Ziel erreicht und nach Unterzeichnung der neuen Verträge Ende Januar 2009 gingen Russland und die Ukraine zum direkten Gashandel über. Seit dem Amtsantritt Janukowitschs jedoch, wird dieser »Sieg« in Zweifel gezogen.

Die ersten Maßnahmen des neuen Präsidenten im Gasbereich betrafen die Besetzung der entsprechenden Schlüsselpositionen mit »eigenen Leuten«. Minister für Brennstoff- und Energiewirtschaft wurde Jurij Bojko, der von 2006 bis 2007 schon einmal unter Janukowitsch diesen Posten innehatte und von 2002 bis 2005 den staatlichen Energieversorger Naftohaz leitete. In seiner ersten Amtszeit als Energieminister schloss er Verträge, die auch für Firtasch äußerst lukrativ waren. Die Ernennung Bojkos rief auf Seiten der Opposition laute Proteste hervor. Julia Timoschenko zeigt sich insbesondere schockiert über den Einzug des RUE-Managements in die Regierung Janukowitschs. Von der Rückkehr des Oligarchen Firtasch in die große Politik zeugt auch die Ernennung Jurij Borisows zum Direktor des Unternehmens Ukgazwydobuwanja, einem Tochterunternehmen von Naftohaz, das in der Gasförderung und -verarbeitung tätig ist. Vorher war Borisow Generaldirektor der OSTCHEM Holding AG, die wiederum zu Firtaschs Unternehmensgruppe Group DF gehört. Ob Janukowitsch jedoch auch wieder Zwischenhändler im Gasgeschäft zulassen wird, ist noch nicht abzusehen.

Der zweite Schritt Janukowitschs im Gasbereich betraf die Unterzeichnung einer Vereinbarung in Charkiw am 21. April 2010 über die Schwarzmeerflotte und den Gashandel. Diese besteht aus drei Dokumenten: Die ersten beiden sind Zusatzklärungen zum Vertrag vom 19. Januar 2009 über den Gashandel und den Transit durch die Ukraine, geschlossen zwischen Naftohaz und Gazprom. Das dritte Dokument ist eine Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland über den Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte auf ukrainischem Territorium. Dieses Dokument hat einen höheren Status als die ersten beiden, weil es nicht ein Vertrag zwischen zwei Wirtschaftssubjekten ist, sondern ein zwischenstaatliches Abkommen, das ratifiziert werden muss und viel schwieriger zu kündigen ist. Darüber hinaus gilt diese dritte Vereinbarung für einen wesentlich längeren Zeitraum – bis 2042, die anderen beiden gelten nur bis 2019. Im Vertrag über die Schwarzmeerflotte fehlt ein konkreter Verweis auf den Vertrag zwischen Naftohaz und Gazprom vom Januar 2009. Daraus folgt, dass gerade die Vereinbarung über die Schwarzmeerflotte die Beziehungen zwischen den beiden Län-

dern im Gasbereich fast für ein Drittel des Jahrhunderts bestimmen wird. Und nicht zuletzt findet sich eben in diesem Dokument die Rabattformel für den Gaspreis.

Der neue Vertrag über die Schwarzmeerflotte verknüpft die Preisnachlässe auf das russische Gas für die Ukraine somit direkt mit den Pachtzahlungen für die russische Flotte auf der Krim. Diese Pachtgebühren werden aber nie tatsächlich gezahlt, sondern verrechnet werden. Damit will sich Russland gegen eine mögliche Aufhebung des Flottenvertrags vor 2042 absichern – in diesem Fall nämlich hätte die Ukraine automatisch Schulden in Höhe der angehäuften Gasrabatte. Der Rabatt beträgt 100 US-Dollar bei einem Gaspreis ab 333 US-Dollar für 1000m³ und 30 % bei einem niedrigeren Gaspreis. Laut Ministerpräsident Mikola Asarow spart die Ukraine somit 3 bis 4 Mrd. US-Dollar im Jahr, was sich nach 10 Jahren schon auf die unglaubliche Summe von 40 Mrd. US-Dollar summieren würde. Ob diese Einschätzung der Wirklichkeit entspricht, ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu sagen. Davon ausgehend, dass die Ukraine in diesem Jahr vermutlich nicht mehr als 30 Mrd. m³ Gas von Russland kaufen wird, wird sie, nach Einschätzung der Autorin, im Jahr 2010 höchstens 1 bis 2 Mrd. US-Dollar einsparen.

Die neue Zusatzklärung über den Gashandel enthält auch eine Begrenzung des Gasrabattes: Wenn die Ukraine mehr als 30 Mrd. m³ Gas im Jahr 2010 und mehr als 40 Mrd. m³ Gas im Jahr 2011 kaufen will, muss sie den vollen Preis für die Gaslieferungen bezahlen. Das gleiche Dokument nennt die Art der Rabattgewährung – Senkung der Zölle für die Gaslieferungen an die Ukraine, wobei die Zollhöhe von der russischen Regierung festgelegt wird. Somit werden die Gasrabatte keinen Einfluss auf die finanzielle Lage von Gazprom haben, da die Subventionen direkt aus dem Haushalt der Russischen Föderation gezahlt werden. Laut der Zusatzklärung vom 21. April 2010 wurde auch das im Jahr 2010 zu erwerbende Gasvolumen von 33,75 Mrd. m³ auf 36,5 Mrd. m³ erhöht und die Sanktionen gegen die Ukraine für die Nicht-Abnahme vereinbarter Gasmengen für die gesamte Vertragslaufzeit (bis 2019) abgeschafft.

Laut der »Charkiw-Vereinbarungen« sind die Formel zur Berechnung des Gaspreises und damit der überzogene Basissatz von 450 US-Dollar unverändert geblieben (siehe Ukraine-Analysen 50). Dies eröffnet Russland

großen Handlungsspielraum, denn alle Ergänzungen können rückgängig gemacht werden und eine Rückkehr zum profitablen ursprünglichen Vertrag vom 19. Januar 2009 ist jederzeit möglich. Darüber hinaus hat es die Ukraine versäumt, einen Mindestbetrag pro Jahr für den Gastransit über ukrainisches Territorium festzusetzen. So wird in naher Zukunft erwartet, dass nach Inbetriebnahme der Nord-Stream Pipeline der Gastransit durch die Ukraine reduziert werden wird. In der Zusatzklärung über den Gastransit vom 21. April 2010 wurde auch vereinbart, dass Gazprom 80 % der Kosten für den Gastransit bis zum sechsten des Folgemonats und die restlichen 20 % bis zum zwanzigsten des Folgemonats zahlen muss. Diese Bestimmung lässt die Praxis des Tauschhandels erstarren, weil Naftohaz die Möglichkeit bekommt, das von Gazprom für den Gastransit erhaltene Geld für die Bezahlung der Gasimporte zu verwenden. Zu einem Ausgleich in vollem Umfang kommt es aber nicht: Nach Schätzungen der Autorin wird die Ukraine im Jahre 2010 bis zu 3 Mrd. US-Dollar für den Gastransit über ihr Territorium erhalten, während sie für importiertes Gas, selbst mit Rabatt, mindestens 6,5 Mrd. US-Dollar zahlen muss.

Schlussfolgerungen

Auch während der Timoschenko-Regierung galten die Gasverträge vom Januar 2009 zwischen Russland und der Ukraine nur bedingt und wurden nur mit Einschränkungen eingehalten. Nach der Machtübernahme durch Viktor Janukowitsch wurden die Bedingungen des Gashandels erneut überprüft, obwohl die Gasverträge vom 19. Januar 2009 formal in Kraft blieben. Infolge des am 27. April 2010 ratifizierten neuen Vertrages wird der Marktansatz im Gashandel zwischen der Ukraine und Russland nun praktisch keine Rolle mehr spielen. Die direkte Subventionierung der ukrainischen Wirtschaft aus dem russischen Staatshaushalt verstärkt die politische Komponente in den bilateralen Gasbeziehungen zusätzlich. Die Ukraine könnte somit für fast drei Jahrzehnte in den Einflussbereich Russlands geraten. Darüber hinaus wird die Senkung der Energiepreise abermals keine Anreize zur Verringerung des hohen Energieverbrauchs und zur Durchführung von Reformen in der ukrainischen Wirtschaft schaffen.

Übersetzung: Katerina Malygina und Judith Janiszewski

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und freie Mitarbeiterin der Ukraine-Analysen.

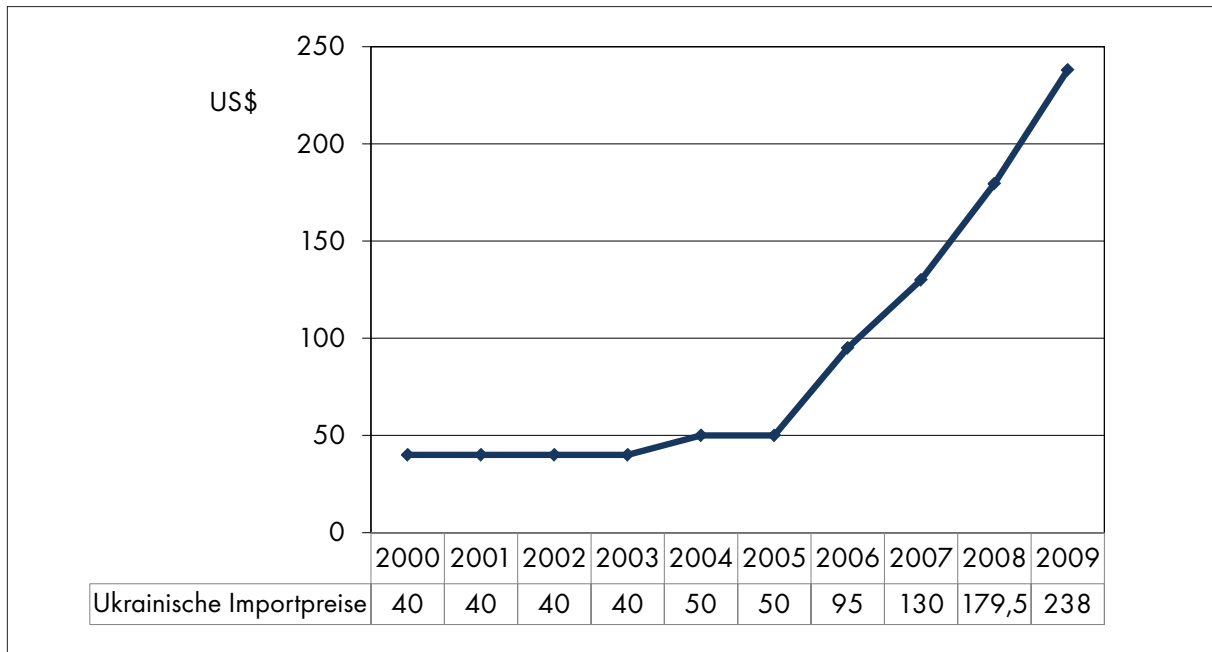
Tabellen und Grafiken zum Text

Der russisch-ukrainische Gashandel

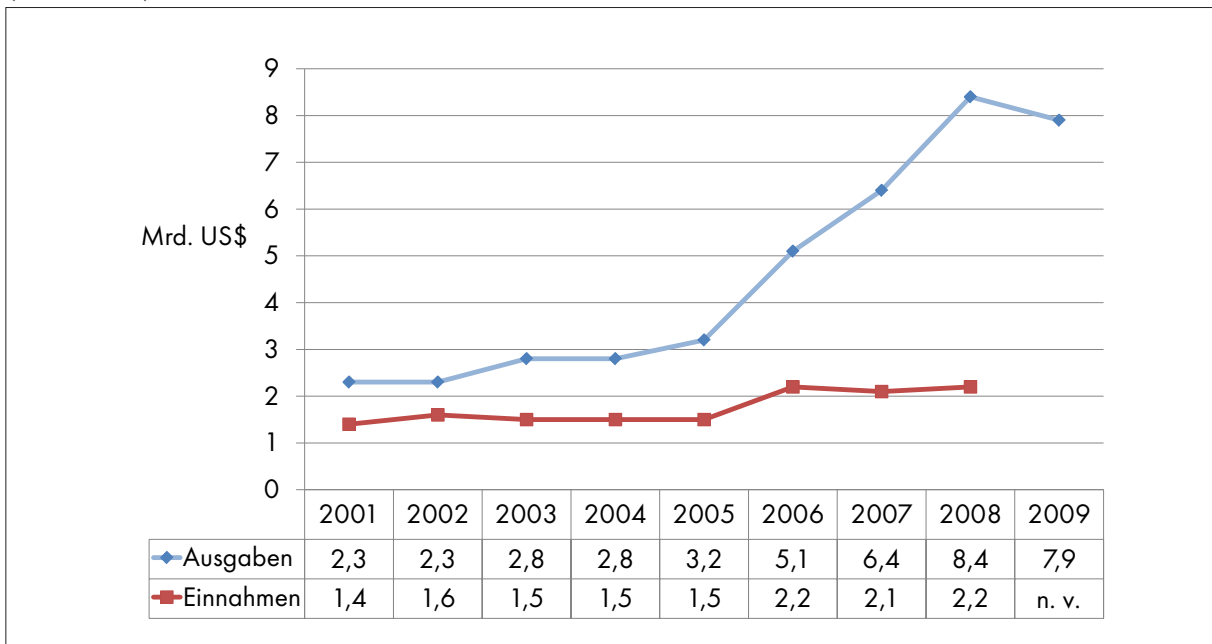
Tabelle 1: Gaspreise und Gasliefermengen: Vertrag und Realität im Jahr 2009

	tatsächlich gezahlter Summe in Mio. US-Dollar pro Monat	tatsächlich gekaufte Gasmenge in Mrd. m ³ pro Monat	tatsächlich gekaufte Gasmenge in Mrd. m ³ im Quartal	vertraglich vereinbarte Gasmenge (Vertrag vom 19.01.2009) in Mrd. m ³	vertraglich vereinbarter Gaspreis (Vertrag vom 19.11.2009) in US-Dollar für 1000m ³	nicht erworbene Gasmenge in Mrd. m ³ (Vertragsmenge abzüglich real erworbene Gasmenge)	vertraglich vereinbarte, aber nicht verhängte Strafe in Mrd. US-Dollar
Januar	198	0,55	2,6	5	360	2,40	1,3
Februar	360	1,1					
März	343	0,95					
April	650	2,39	5,84	10,5	271	4,66	3,8
Mai	647	2,35					
Juni	270	1,1					
Juli	605	3	8,3	12	198	3,70	2,2
August	667	3,3					
September	400	2					
Oktober	470	2,4	10,1	12,5	208	2,40	0,7
November	770	3,7					
Dezember	892	4					
RosUkrEnergo	1700	11			154,5		
Gesamt	7972	37,84	26,84	40	238,3	13,2	8,0

Quelle: Zusammenstellung von Katerina Malygina.

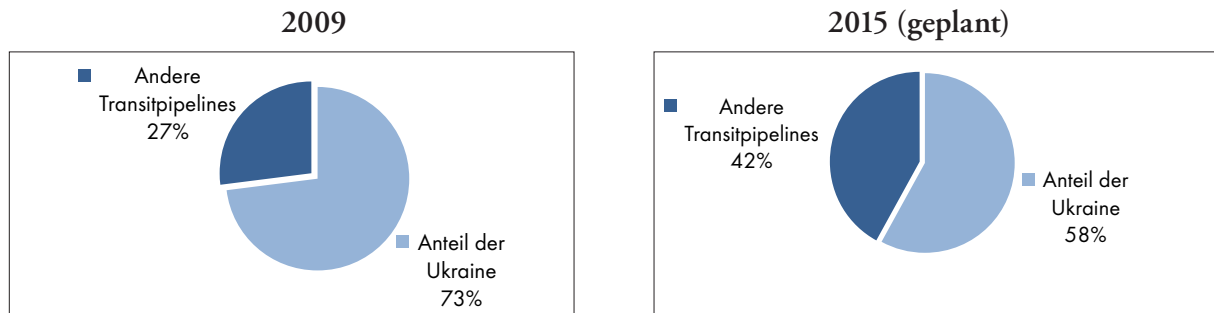
Grafik 1: Ukrainische Importpreise für Erdgas 2000–2009 (US\$/Tsd. m³)


Quellen: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew, http://ier.org.ua/papers_en/v12_en.pdf für 2001–2008; Katerina Malygina für 2009.

Grafik 2: Ukrainische Ausgaben für Erdgasimporte und Einnahmen durch Transit von Erdgas (Mrd. US\$)


n. v. = nicht verfügbar

Quellen: Simon Pirani, Oxford Institute for Energy Studies, für 2001–2008; Katerina Malygina für 2009.

Grafik 3: Ukrainischer Anteil an Transitpipelines für russisches Erdgas


Quelle: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen – eigene Zusammenstellung; siehe Tabelle 2 unten.

Tabelle 2: Gazproms Exportrouten nach Europa (Pipelinekapazitäten in Mrd. m³)

Pipeline	Route	Kapazität 2009	Kapazität 2015 (geplant)
Bruderschaft/Union (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130	130
Nordlicht (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25	25
Trans-Balkan (Sowjetisches Pipelinennetz)	Russland – Ukraine – Balkan	20	20
Finland Connector (Sowjetisches Pipelinennetz, ausgebaut 1999)	Russland – Finnland	20	20
Jamal-Europa (seit 1999 in Betrieb)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28	28
Blue Stream (seit 2002 in Betrieb)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16	16
Nord Stream (Inbetriebnahme geplant für 2012)	Russland – Ostsee – Deutschland	–	28
South Stream (Inbetriebnahme geplant für 2015)	Russland – Schwarzes Meer – Balkan – Mitteleuropa	–	35
Gesamtkapazität		239	302

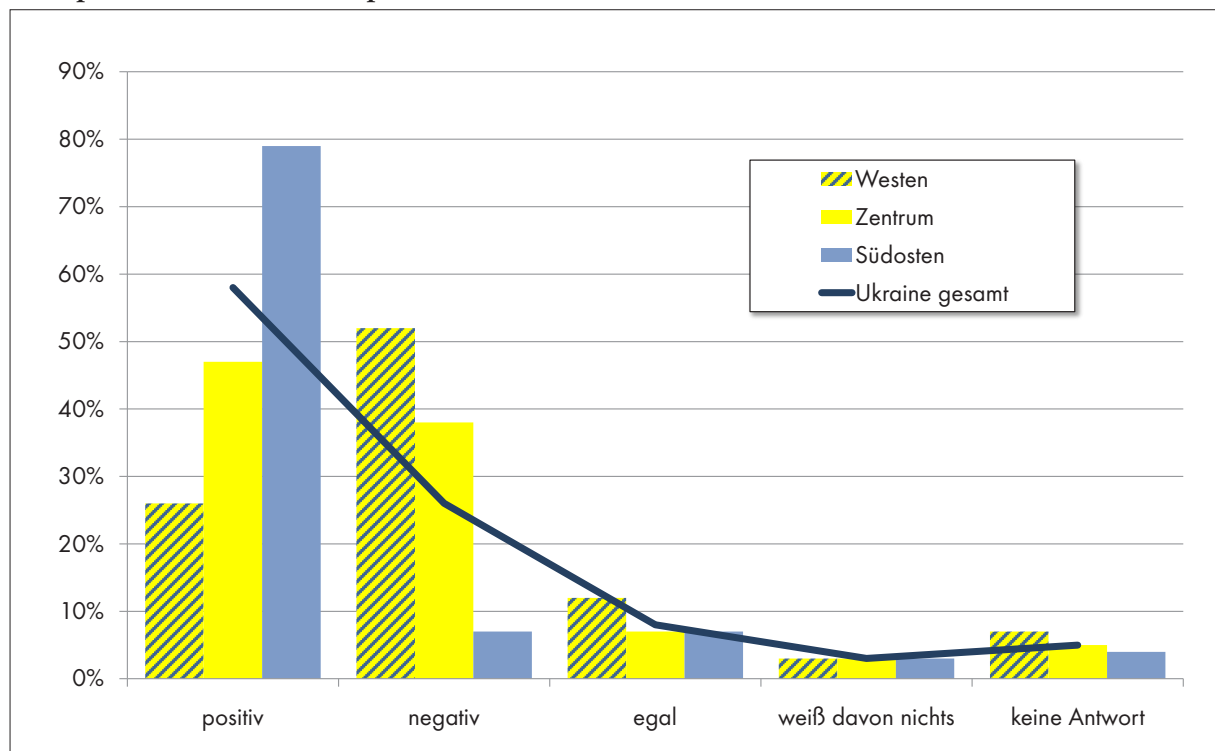
Quelle: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen – eigene Zusammenstellung.

Umfrage

Bewertung des neuen Gas- und Flottenvertrages

Am 21. April 2010 trafen sich die Präsidenten der Ukraine und Russlands, Viktor Janukowitsch und Dmitrij Medwedjew, in Charki, um über die zukünftigen Gaspreise für die Ukraine zu verhandeln. Sie einigten sich auf einen Preisnachlass ab April 2010 von 100 US-Dollar bei einem Gaspreis über 330 US-Dollar und auf einen Rabatt von 30 % bei einem Gaspreis unter 330 US-Dollar für 1000m³. Im Gegenzug wurde der Pachtvertrag für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim um 25 Jahre bis 2042 verlängert, mit einer Option auf weitere 5 Jahre. Die ukrainische Opposition sprach sich entschieden gegen diese Vereinbarung aus und in der Kiewer Innenstadt fanden große Demonstrationen statt. Auf einer turbulenten Parlamentssitzung am 27. April, bei der Eier und Rauchbomben flogen, verabschiedeten die Abgeordneten den neuen Vertrag mit 236 Stimmen, 10 mehr als nötig. Am selben Tag ratifizierte auch das russische Parlament den Vertrag.

Wie bewerten Sie die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Ukraine und Russland am 21. April 2010 über den Gaspreis und die Schwarzmeerflotte?



	Westen	Zentrum	Südosten	Ukraine gesamt
positiv	26 %	47 %	79 %	58 %
negativ	52 %	38 %	7 %	26 %
egal	12 %	7 %	7 %	8 %
weiß davon nichts	3 %	3 %	3 %	3 %
keine Antwort	7 %	5 %	4 %	5 %

Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 23. bis 25. April 2010,
<http://www.rb.com.ua/rus/politics/polls/2010/6325.html>

Analyse

Ukraine: zwischen Kopenhagen und Mexiko

Von Iryna Borysova, Kiew

Zusammenfassung

Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls ergaben sich für die Ukraine neue Möglichkeiten, um einerseits den Vorgaben der UN-Rahmenkonvention nachzukommen und andererseits rechtmäßig Gewinne im Weltmaßstab zu erwirtschaften. Da der Staat über ein großes Potenzial als Gastland für JI-Projekte sowie als Verkäufer von Emissionsrechten verfügt, steht zu erwarten, dass sich die Position der Ukraine bis zur Konferenz in Mexiko nicht ändern wird.

Copenhagen Accord

Vom 7. bis 18. Dezember 2009 fand ohne Zweifel eines der am heftigsten diskutierten Ereignisse des Jahres statt – die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen. Sie ist die 15. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und gleichzeitig das 5. Treffen im Rahmen des Kyoto-Protokolls.

Mit Rücksicht darauf, dass das Kyoto-Protokoll im Jahr 2012 ausläuft, setzte sich die Weltgemeinschaft während der UN-Klimakonferenz auf Bali im Jahr 2007 das Ziel, in zwei Jahren ein Klimaschutzabkommen mit neuen völkerrechtlich verbindlichen Zielwerten für den Ausstoß von Treibhausgasen zu verfassen. Dies erreichten die Staaten in Kopenhagen bekanntlich nicht. Dennoch lassen sich die »Ergebnisse« des Klimagipfels betrachten, die der sogenannte »Copenhagen Accord« widerspiegelt. Diese mit aktiver Einbeziehung der USA, Indiens, Chinas und Südafrikas verfasste politische Abschlusserklärung beschreibt in erster Linie die Bestrebungen zur Begrenzung des Klimawandels auf weniger als 2 Grad Celsius, die Reduktionsziele der Industriestaaten bis zum Jahr 2020 in Bezug auf Treibhausgase sowie die Aktivitäten der Nicht-Industriestaaten zur Verringerung der Erderwärmung. Außerdem legt sie das Ausmaß der finanziellen Unterstützung fest, die den armen Ländern für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels zur Verfügung gestellt werden soll – für den Zeitraum 2010 bis 2012 sind es 30 Mio. US-Dollar, bis 2020 sind es 100 Mio. US-Dollar. Hierbei ist hochaktuell, dass die Industrieländer ihre Reduktionsziele bis zum 31. Januar 2010 in den Anhang I der UN-Klimarahmenkonvention eintragen sollten, was auch die Ukraine als Vertragspartei des Kyoto-Protokolls (seit 2004) betrifft. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind insgesamt 41 Länder ihrer Verpflichtung nachgekommen – die Ukraine gehört nicht dazu.

Fossil des Tages

Das global vernetzte »Climate Action Network« und die Organisation »Avaaz« bezeichneten die Ukraine am

zweiten Tag der Verhandlungen des Weltklimagipfels in Kopenhagen als »Fossil des Tages«, als Land also, das den Verhandlungsprozess behindert und bei der Vorbeugung und der Abwehr des Klimawandels nicht mitwirkt. Die Ukraine wurde gleich drei Mal mit diesem Preis bedacht, was eine Art »Spitzenleistung« ist. Zum ersten Platz verhalf der Ukraine die offiziell verkündete Position der ukrainischen Delegation vor der Abreise nach Kopenhagen: Die gesamtstaatlichen Treibhausgasemissionen sollen um 20 % gegenüber dem Jahr 1990 gesenkt werden. Dies würde allerdings eine Emissionszunahme um 75 % von 2007 bis 2020 bedeuten, denn die angebliche Verminderung der Treibhausgasemissionen würde nicht auf tatsächlichen Modernisierungen beruhen, sondern allein auf dem Rückgang der Industrieproduktion nach 1990. Dennoch besagt eine veröffentlichte Regierungsrecherche, dass die Ukraine in der Lage ist, ihre Schadstoffemissionen um 33–40 % gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren.

Den zweiten Platz als »Fossil des Tages« belegte die Ukraine zusammen mit den Mitgliedern der sogenannten Umbrella Group (Kanada, Island, Japan, Kasachstan, Neuseeland, Russland, die USA und Australien) für die Unterstützung der Kohle- und Erdölindustrie. Entsprechend dem Staatshaushalt der Ukraine betragen die staatlichen Beihilfen für die Kohleindustrie im Jahr 2009 etwa 2,5 % der Gesamtsumme der staatlichen Ausgaben, während beispielsweise die staatliche Unterstützung für die Entwicklung der Infrastruktur im wissenschaftlichen Bereich nur 0,003 % ausmacht.

Den dritten Platz bekam die Ukraine für die Weigerung, Informationen über den Verkauf von Emissionsrechten offenzulegen, insbesondere über den Verbleib des Geldes aus diesen Geschäften.

Handel mit Emissionsrechten

Der lukrative Handel mit Emissionsrechten ist möglich, da der Staat derzeit die Vorteile zweier flexibler Mechanismen des Kyoto-Protokolls genießt – des Emissionshandels (Emissions Trading) und des Mechanismus

der gemeinschaftlichen Umsetzung (Joint Implementation) gemäß Art. 17 bzw. Art. 6 des Kyoto-Protokolls. Laut Angaben der Nationalen Agentur für Umweltinvestitionen der Ukraine (NAUI) hat das Land im Jahr 1990 ungefähr 920 Mio. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent ausgestoßen; zum heutigen Tag beträgt der Ausstoß ungefähr 430 Mio. Tonnen pro Jahr. Dementsprechend macht die Differenz der Schadstoffemissionen etwa 500 Mio. Tonnen pro Jahr aus. Insgesamt hat die Ukraine eine Quote für Treibhausemissionen im Umfang von 4,5 Mrd. Einheiten für den gesamten Zeitraum der Geltung des Kyoto-Protokolls zur Verfügung. Es werden aber nur 2,8 Mrd. Einheiten genutzt. Deshalb sollen die verbleibenden Einheiten Gegenstand zwischenstaatlicher Kaufverträge über Emissionszertifikate – Assigned Amount Units (AAUs) – sein. Wenn man berücksichtigt, dass der Durchschnittspreis für eine Tonne dieser Emissionseinheiten zwischen 8 und 9,50 Euro liegt, kann leicht errechnet werden, dass der ukrainische Staatshaushalt damit viel Geld erwirtschaften könnte. Diese Einnahmen sollen ausschließlich für »grüne« Projekte verwendet werden, die tatsächlich zur Reduktion der Schadstoffemission führen, um das Ziel der UN-Klimarahmenkonvention zu erreichen. Im letzten Jahr gab es zum Beispiel einen Vertragsabschluss mit Japan über den Verkauf von Emissionszertifikaten (nach inoffiziellen Angaben im Wert von 300 Mio. Euro). Beide Parteien haben sich darauf geeinigt, dass das Geld im Laufe von 2 Jahren in Tranchen im Gegenwert von 15 Mio. Emissionszertifikaten pro Jahr in den ukrainischen Haushalt fließen soll. Falls die Mittel jedoch nicht für die Einführung energiesparender Technologien und für den Umweltschutz verwendet werden sollten, wird die japanische Seite den Geldtransfer einstellen.

Joint Implementation Mechanism

Um Privatunternehmen direkt in den Prozess der Treibhausgasreduktion einzubeziehen, kann auf den sogenannten Joint Implementation Mechanism (JI-Mechanism) zurückgegriffen werden. Dieser erlaubt es, in Umweltschutzprojekte eines ebenfalls zur Reduktion verpflichteten Landes zu investieren, um im Austausch die entsprechende Zahl von Einheiten, der Emission Reduction Units (ERUs), zu erhalten. Viele Experten sind der Meinung, dass für die Umsetzung dieses Mechanismus in der Ukraine sehr günstige Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Die Umsetzung von JI-Projekten kann über zwei Wege erfolgen. Bei der ersten Variante spricht man vom sogenannten »einfachen Verfahren« oder »Track I«, bei der das Gastland die Emissionsminderung von Treibhausgasen aus JI-Pro-

jekten selbst verifizieren und entsprechende ERUs ausstellen kann. Falls der Staat die durch das Kyoto-Protokoll vorgesehenen Voraussetzungen jedoch nicht erfüllt, muss das JI-Projekt dem internationalen »JI-Supervisory Committee« vorgelegt werden. Diese Verfahrensweise wird als »internationales Verfahren« oder »Track II« bezeichnet. Bisher wurden in der Ukraine nach Angaben der Internetseite der UN-Klimarahmenkonvention insgesamt elf Projekte nach dem Track I Verfahren und neun Projekte nach dem Track II Verfahren registriert.

Gemäß den Informationen der Nationalen Agentur für Umweltinvestitionen der Ukraine haben bis heute 151 Projekte eine Befürwortung und 26 eine Zustimmung erhalten. Außerdem wurden bis 31. März 2010 bereits ERUs im Rahmen von zehn JI-Projekten generiert, die größtenteils durch die Niederlande, die Schweiz, Dänemark und Japan finanziert werden. Bis jetzt wurden zwei Projekte mit deutschen Investitionen unter Beteiligung der Deutschen Bank registriert. Die Umsetzung dieser Projekte im kommunalen Energieunternehmen »Oblteplokumunenergo« im Gebiet Tschernihiw und im Unternehmen »Riwneteplokumunenergo« GmbH im Gebiet Riwne ermöglichte zum jetzigen Zeitpunkt den Transfer von 128 095 ERUs bzw. 100 636 ERUs. Da der Preis einer ERU durchschnittlich zwischen 10 und 12 Euro liegt, wurden insgesamt mehr als 2 Mio. Euro von dem Investor aufgrund der Umsetzung dieser JI-Projekte in der Ukraine generiert. Am 1. Januar 2010 begann die Anrechnungsperiode für das Projekt des Zement- und Baustoffherstellers Dyckerhoff AG bei einem Zementunternehmen, ebenfalls im Gebiet Riwne. Von Belang ist auch, dass die ERUs aus JI-Projekten im EU-Emissionshandelsystem genutzt, also von EU-Ländern weiterverkauft werden können, wodurch die ukrainischen Projekte noch attraktiver werden.

Zukunftsperspektiven

Dennoch bleibt fraglich, ob es sich zum jetzigen Zeitpunkt lohnt, neue JI-Projekte zu beginnen, da bis Ende 2012 nicht mehr viel Zeit bleibt. Auf potenzielle Investoren könnte es demotivierend wirken, dass noch nicht klar ist, was mit ihren Investitionen nach dem Ablauf des Kyoto-Protokolls geschieht. Darüber hinaus wurde auf dem Weltklimagipfel in Marrakesch im Jahr 2002 beschlossen, dass die Übertragung der in nationalen Registern gehaltenen ERUs auf den nächsten Verpflichtungszeitraum (nach 2012) auf maximal 2,5 % der Gesamtzahl der AAUs begrenzt ist. Angesichts der Ergebnisse der Klimakonferenz in Kopenhagen ist zweifelhaft, ob die Weltgemeinschaft imstande sein wird, trotz zwischenstaatlicher Uneinigkeiten bis zum Dezem-

ber 2010, wenn die Klimakonferenz in Mexiko stattfindet, neue Mechanismen auszuarbeiten, die die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls ersetzen können. Deshalb werden die bisherigen Mechanismen wahrscheinlich auch nach dem Jahr 2012 Gültigkeit besitzen. Obwohl die Staaten letztendlich also keine verbindlichen Vereinbarungen getroffen haben, konnten sie doch ein gemeinsames Ziel für die Zukunft definieren. Es bleibt zu hoffen, dass allmählich alle Staaten die Verbindlichkeiten zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes übernehmen, was wiederum bedeuten würde, dass der für nicht-Kyoto Staaten geltende flexible Mechanismus – Clean Development Mechanism – Schritt für Schritt durch den JI-Mechanismus abgelöst wird. Die EU verfolgt in dieser Frage die weitere Durchführung von JI-Projekten auf bilateraler Basis, falls keine multilaterale Vereinbarung getroffen wird.

Es ist offensichtlich, dass die Instrumente des Kyoto-Protokolls Bestandteil der ukrainischen Wirtschaft geworden sind und ohne Zweifel erfolgreich eingesetzt

werden. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass die ukrainische Regierung auf die weitere Gültigkeit dieser bereits funktionierenden Mechanismen nicht verzichten will. Insbesondere weil die erklärten Reduktionswerte (20 % gegenüber 1990) ihr einen weiten Spielraum lassen. Deshalb bleibt es für die Ukraine strategisch vorteilhaft, auf der heutigen Position zu beharren und sich an die schon erklärten Reduktionswerte zu halten.

Ende Dezember 2009 erließ die ukrainische Regierung eine Verordnung, die den rechtlichen Rahmen für die Zuteilung von AAUs an die an JI-Projekten beteiligten ausländischen Investoren für die nächste Verpflichtungsperiode (nach 2012) schafft. Ob diese logische Reaktion auf die Ergebnisse von Kopenhagen seitens des Staates das Investitionsklima verbessern wird, kann man nicht voraussehen. Für die Ukraine sind diese Maßnahmen nur dann sinnvoll, wenn auch wirklich Käufer für Emissionszertifikate gefunden werden und ausländische Investoren sich nicht scheuen, auf dem ukrainischen Markt aktiv zu werden.

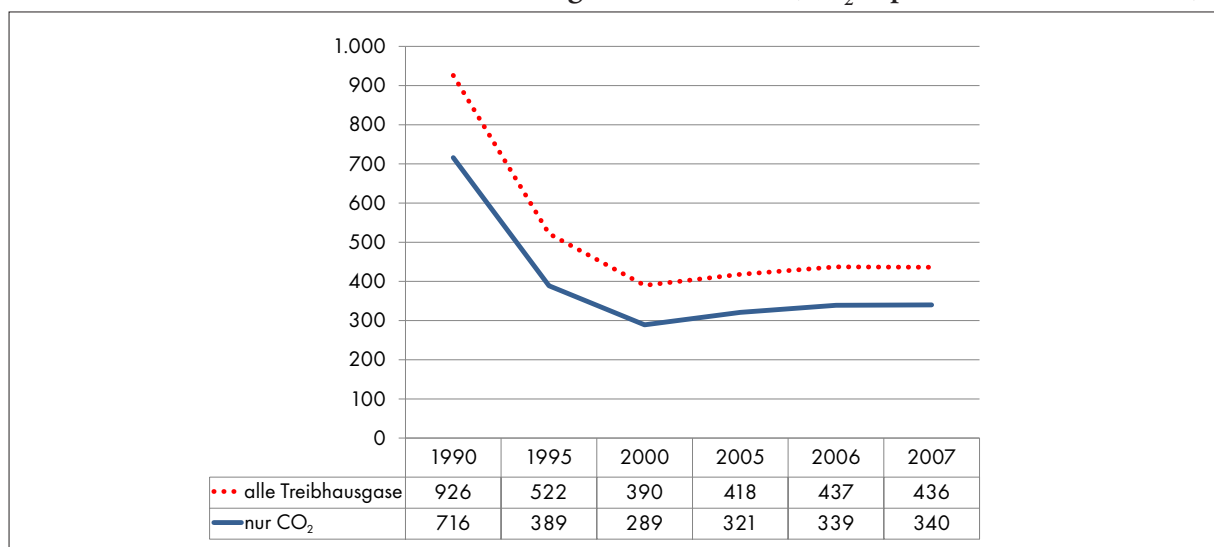
Über die Autorin:

Iryna Borysova ist Juristin (Junior Associate) bei der Rechtsanwaltskanzlei Arzinger in Kiew.

Tabellen und Grafiken zum Text

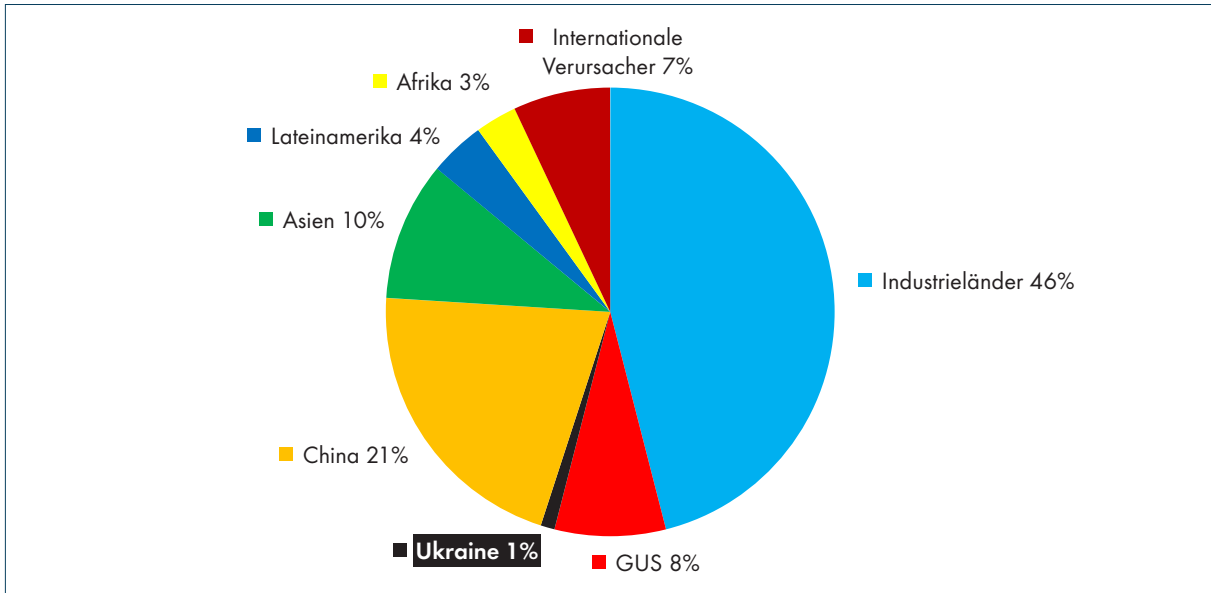
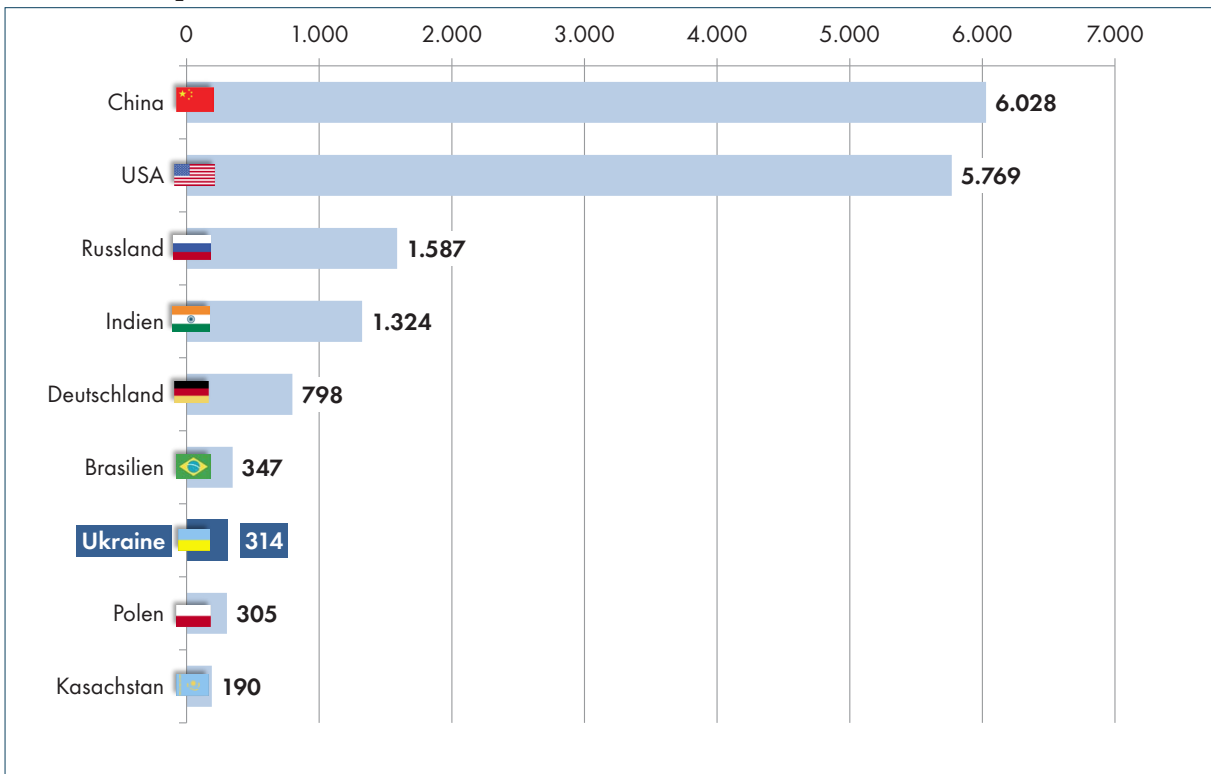
Der ukrainische CO₂-Ausstoß im internationalen Vergleich

Grafik 1: Ukrainischer Ausstoß von Treibhausgasen 1990–2007 (CO₂-Äquivalent in Mio. Tonnen)

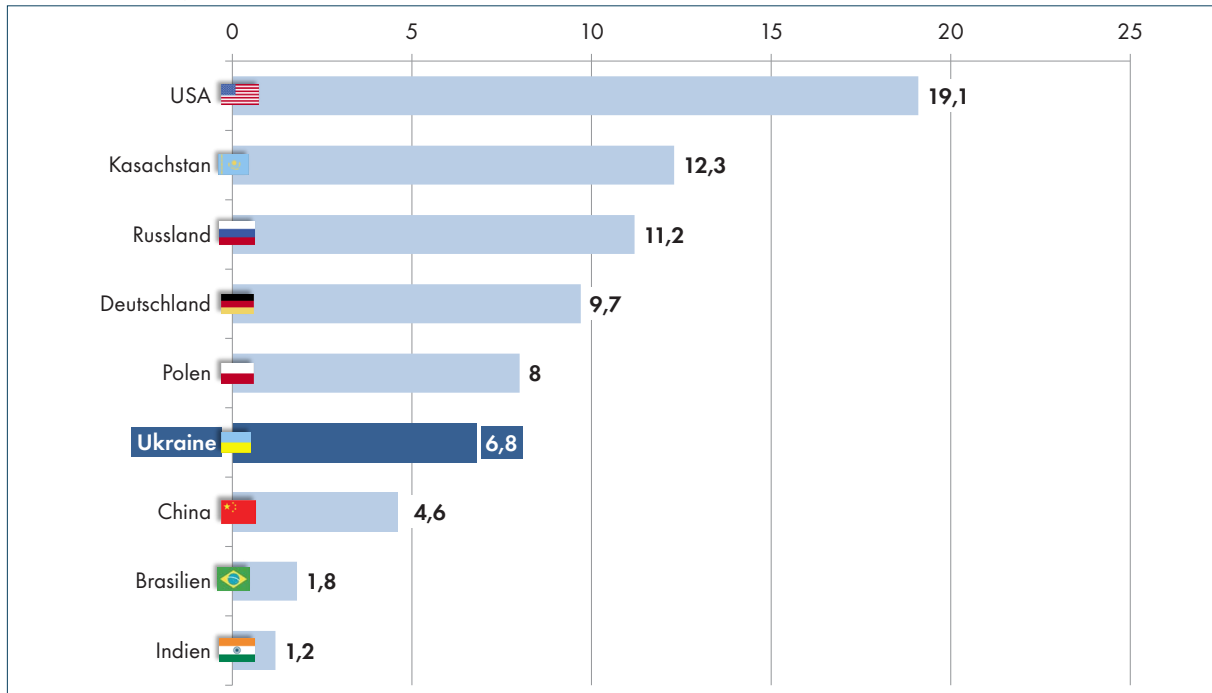
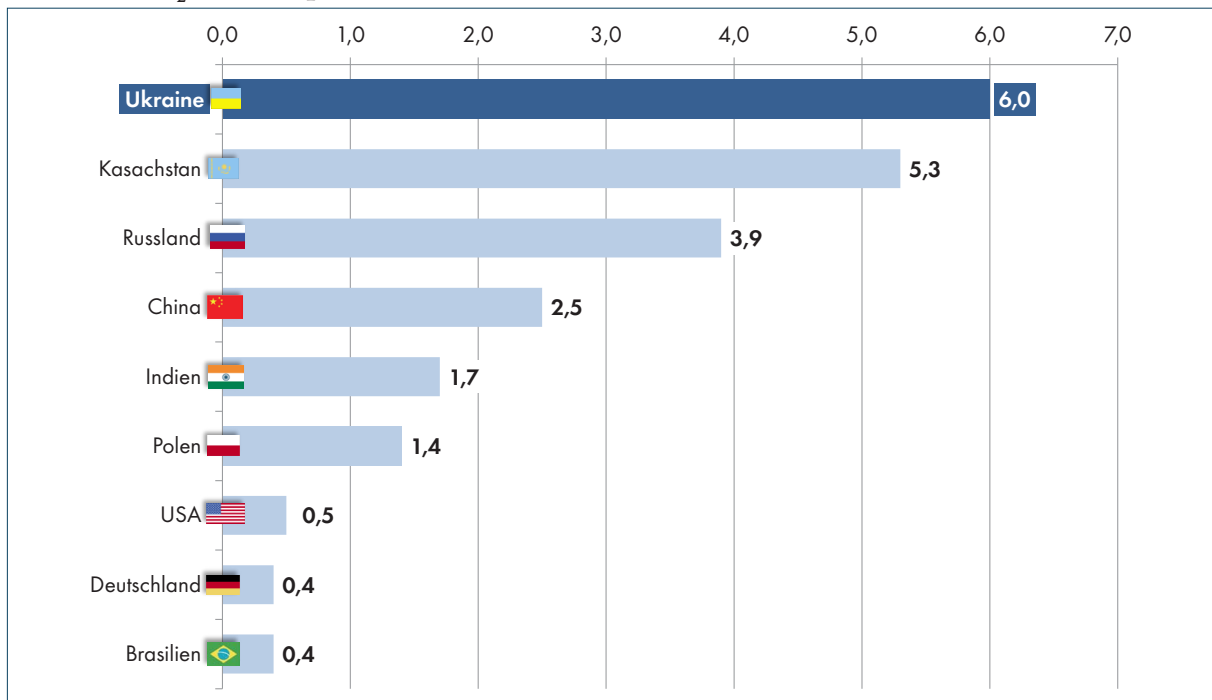


Anmerkung: Gesamtemission in CO₂-Äquivalent ohne Verrechnung mit Absorption durch Grünflächen; Veränderung vom Basisjahr 1990 zu 2007 in Prozent: alle Treibhausgase -52,9 %, CO₂ -52,5 %.

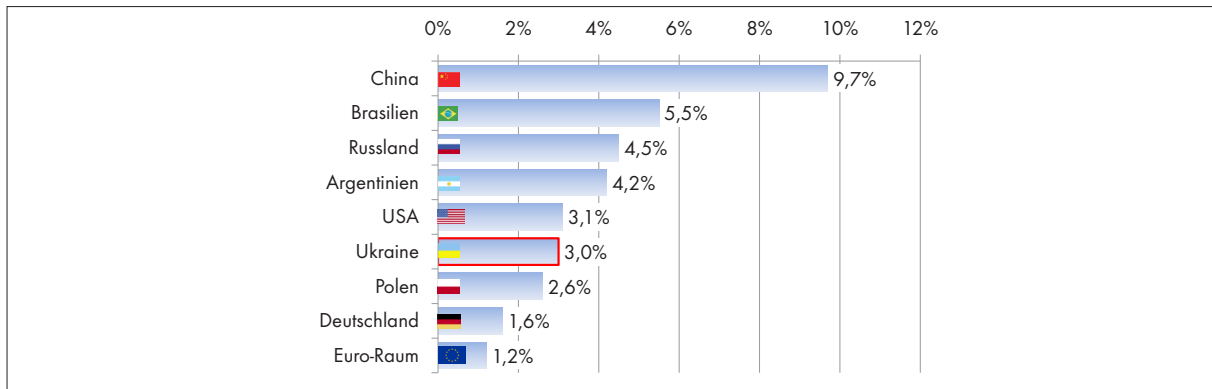
Quelle: United Nations Framework Convention on Climate Change, http://unfccc.int/ghg_data/ghg_data_unfccc/time_series_annex_i/items/3814.php

Grafik 2: Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß (2007)

 Grafik 3: CO₂-Ausstoß in absoluten Zahlen (Mio. Tonnen, 2007)


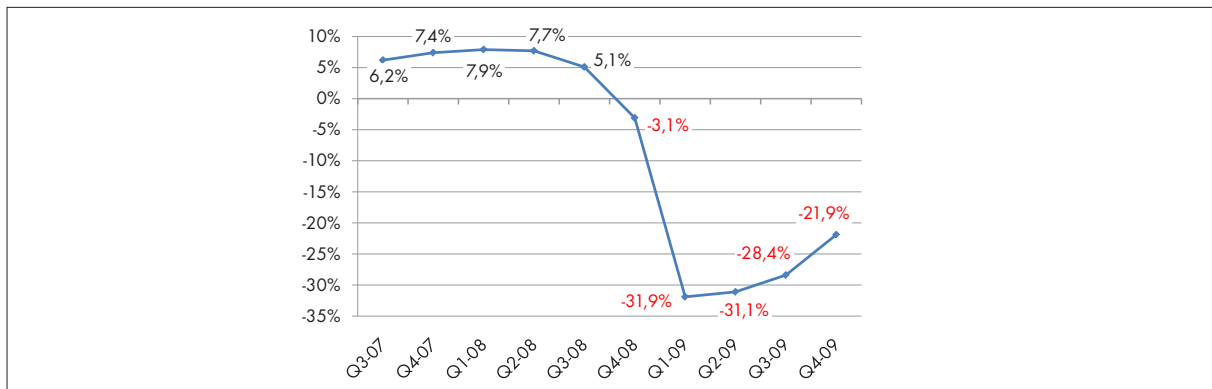
Quelle: International Energy Agency: Key World Energy Statistics 2009, S.48–57,
http://www.iea.org/textbase/nppdf/free/2009/key_stats_2009.pdf

Grafik 4: CO₂-Ausstoß pro Kopf (Mio. Tonnen, 2007)

 Grafik 5: CO₂-Ausstoß pro BIP-Einheit (Mio. Tonnen, 2007)


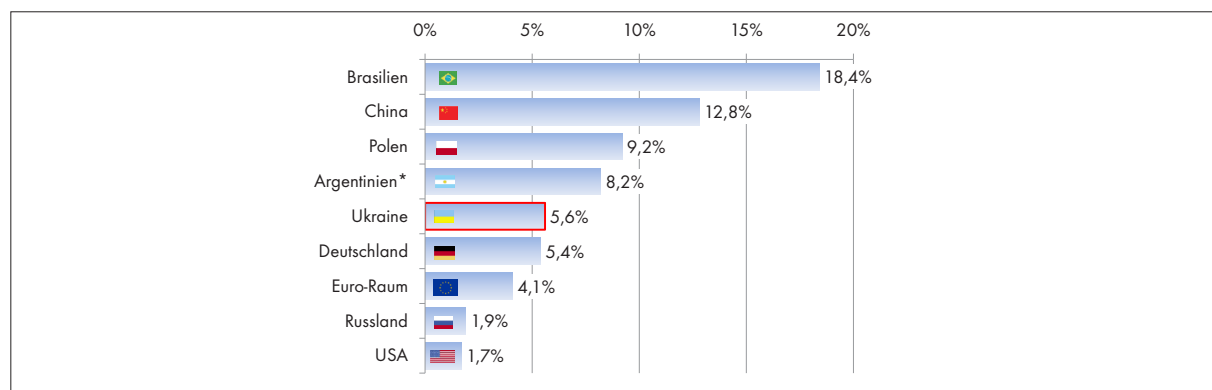
Quelle: International Energy Agency: Key World Energy Statistics 2009, S.48–57,
http://www.iea.org/textbase/nppdf/free/2009/key_stats_2009.pdf

Statistik
Aktuelle Wirtschaftsdaten
BIP-Prognose für das Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr


Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresquartal


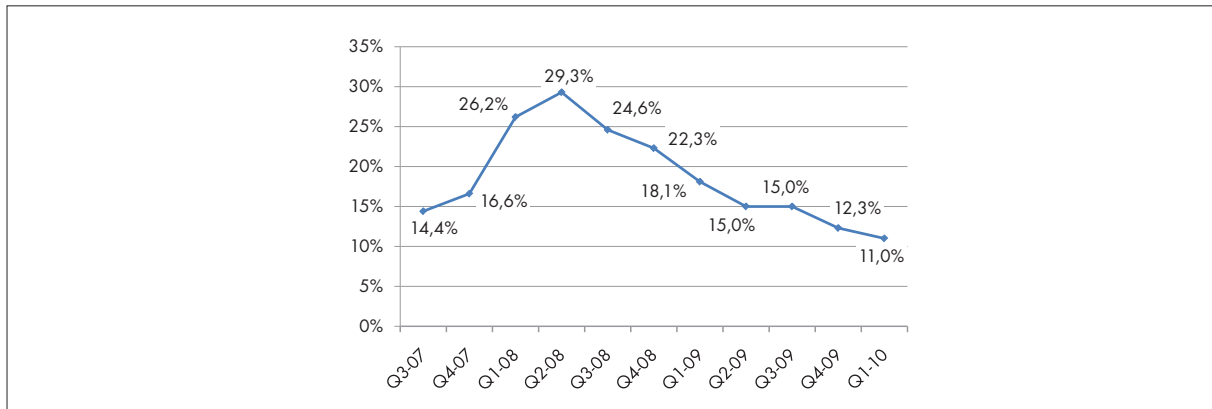
Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 4/2010.*

Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat


Anmerkung: Angaben für Februar 2010, *= Januar 2010.

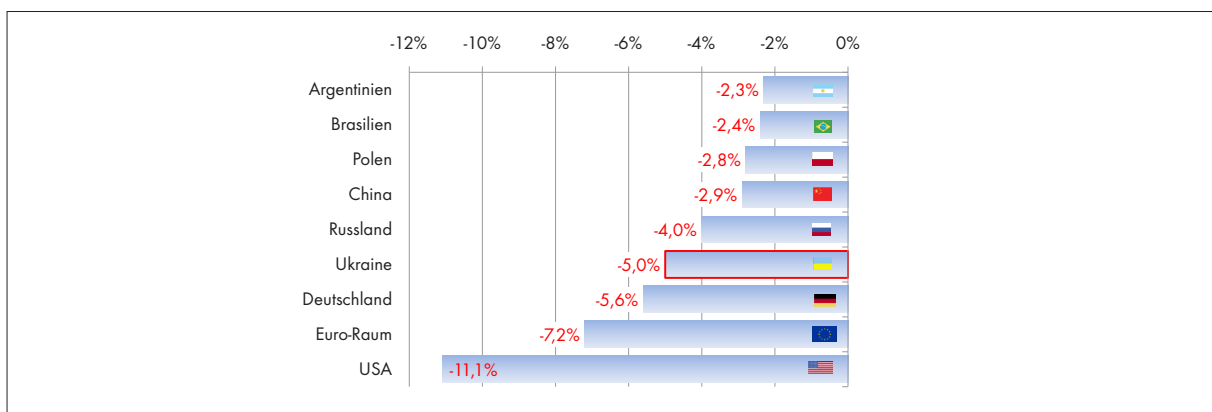
Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Inflation im Vergleich zum Vorjahresquartal (Konsumentenpreise)



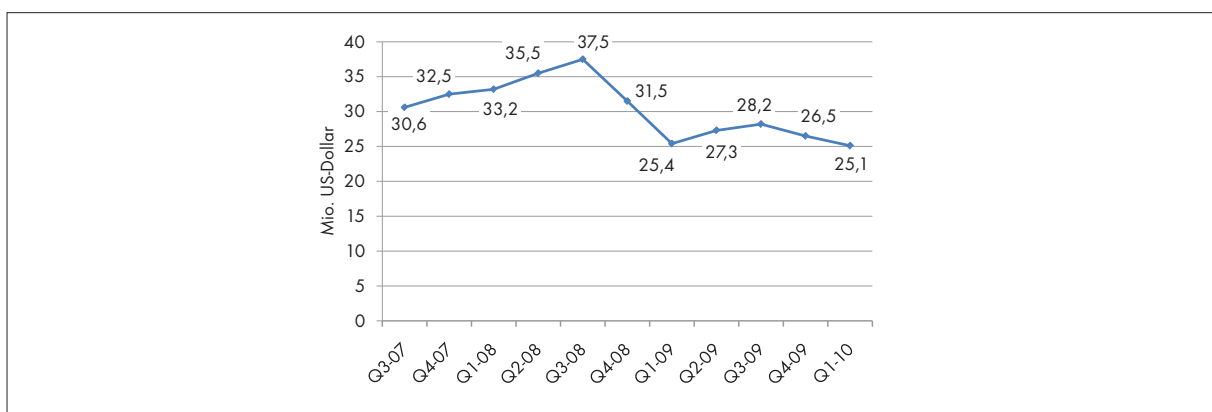
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 4/2010.

Haushaltsdefizit als Anteil am BIP (Schätzung für 2010)



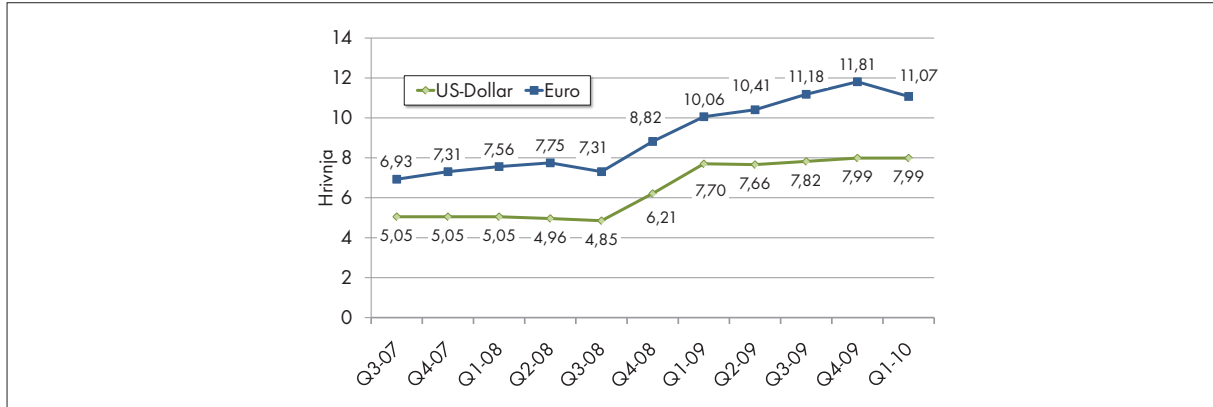
Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Devisenreserven in Mio. US-Dollar



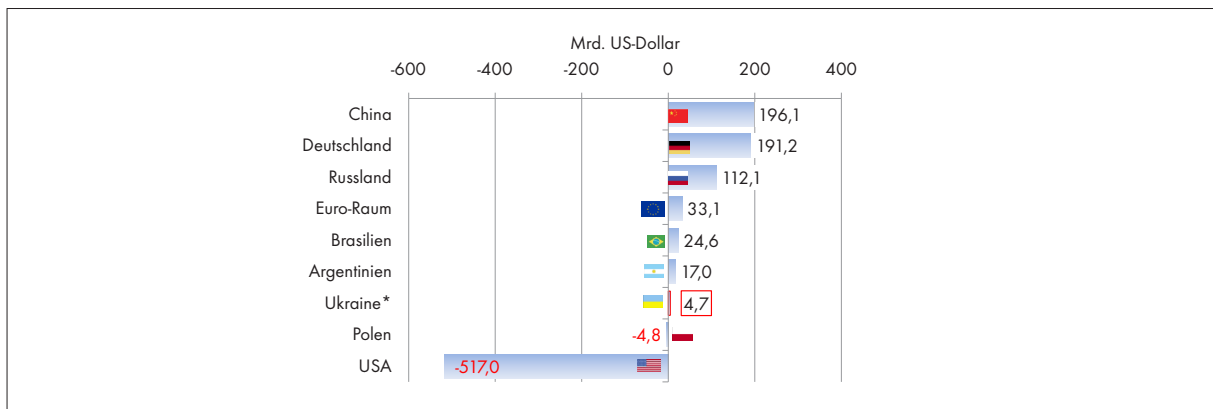
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 4/2010.

Wechselkurs der Hrivnja (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 4/2010.

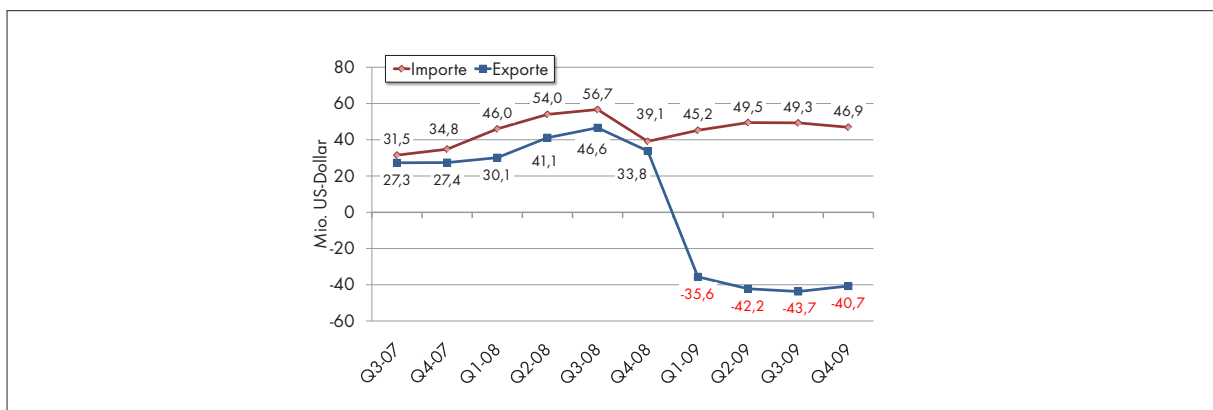
Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar



Anmerkung: Zahlen für Dezember 2009, *= 4. Quartal 2009.

Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (gemessen in Mio. US-Dollar)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 4/2010.

Chronik
Vom 13. bis zum 27. April 2010

13.4.2010	Wolodimir Iwanenko, Abgeordneter vom Block Timoschenko, wechselt in die Regierungskoalition, die somit aus 241 von 450 Parlamentariern besteht. Er ist der zehnte Abgeordnete, der individuell in die Koalition wechselt.
13.4.2010	Der Block Timoschenko verzichtet auf eine Blockade des Parlaments, die für den Fall angekündigt war, dass der Opposition nicht der Vorsitz in den erwünschten parlamentarischen Komitees übergeben wird. Die neuen Komiteevorsitzenden werden mit 234 von 450 Stimmen bestätigt, die Opposition kann nur das Komitee für Meinungs- und Informationsfreiheit besetzen, wobei die Ernennung des Vorsitzenden aufgeschoben wird.
21.4.2010	Die Präsidenten der Ukraine und Russlands, Viktor Janukowitsch und Dmitrij Medwedjew unterzeichnen in Char-kiw ein Abkommen zum Gashandel und zum Flottenverbleib. Demnach erhält die Ukraine ab April 2010 einen Nachlass auf die Gaspreise: 100 US-Dollar bei einem Gaspreis von über 330 US-Dollar und 30 % bei einem Gaspreis unter 330 US-Dollar für 1000m ³ . Im Gegenzug wird der Pachtvertrag für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim um 25 Jahre bis 2042 verlängert, mit einer Option auf weitere fünf Jahre.
21.4.2010	Das Donezker Berufungsgericht hebt den Erlass des damaligen Präsidenten Viktor Juschtschenko vom 12. Oktober 2007 zur Verleihung des Heldentitels an den Oberkommandierenden der Ukrainischen Aufstandsarmee Roman Schuchewitsch auf. Zwei Tage später legt Juschtschenko Klage gegen das Urteil ein. Anfang April 2010 war bereits die Verleihung des Heldentitels an Stepan Bandera durch das Bezirksgericht in Donezk annulliert worden, wogegen Juschtschenko ebenfalls geklagt hatte.
22.4.2010	Die Parlamentsfraktionen der Opposition versammeln sich unter der Führung Julia Timoschenkos, der Vorsitzenden des gleichnamigen Blocks, um gemeinsam gegen den neuen Gas-Flotten-Vertrag zwischen Russland und der Ukraine vorzugehen. Das Regionalparlament von Ternopil beantragt in diesem Zusammenhang ein Impeachment-Verfahren gegen Präsident Viktor Janukowitsch. Tags darauf schließt sich der Stadtrat von Ternopil dieser Forderung an.
23.4.2010	Ministerpräsident Mikola Asarow wird einstimmig zum neuen Vorsitzenden der Partei der Regionen gewählt und löst damit Viktor Janukowitsch ab, der den Ehrenvorsitz übernimmt.
24.4.2010	5.000 Menschen folgen dem Aufruf der oppositionellen Parteien, in der Kiewer Innenstadt gegen den neuen Gas-Flotten-Vertrag zu demonstrieren.
24.4.2010	Vitalij Klitschko, Abgeordneter des Kiewer Stadtrates, wird zum Vorsitzenden der Partei UDAR, der Ukrainischen demokratischen Allianz für Reformen gewählt.
27.4.2010	Nach heftigen Handgreiflichkeiten stimmt das Parlament mit 236 von 450 Stimmen für den neuen Vertrag über die Verlängerung des Pachtvertrages für die russische Schwarzmeerflotte und die Senkung der Gaspreise. Kurz zuvor flogen Eier auf den Parlamentspräsidenten Wolodimir Litwin, auch Rauchbomben wurden gezündet. Vor dem Parlamentsgebäude versammeln sich Befürworter und Gegner des Vertrages, insgesamt ca. 10.000 Menschen. Auch das russische Parlament unterzeichnet den Vertrag.
27.4.2010	Im Parlament wird mit 237 von 450 Stimmen ein Gesetz verabschiedet, dem zufolge sich mehrere Fraktionen im Parlament zur Opposition erklären können. Bisher durfte das nur die größte Fraktion.
27.4.2010	Der Haushalt 2010 wird mit 245 von 450 Stimmen im Parlament verabschiedet. Er geht von einem Wirtschaftswachstum von 3,7 % und einer Inflationsrate von 13,1 % aus. Das Haushaltsdefizit wird 5,33 % des BIP betragen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Lesehinweis
OSTEUROPA-Themenheft Ukraine

Wohin steuert die Ukraine nach dem Machtwechsel in Kiew? Bleibt es bei Stagnation oder beginnt ein neuer Aufbruch? Das aktuelle OSTEUROPA-Themenheft »Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine« räumt den Blick frei auf die Zukunft des Landes: auf Politik und Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft. Es geht um das historische Erbe und um die Zukunftsfähigkeit der Ukraine, um den Machtkampf im Zentrum und um die regionale Vielfalt. 34 Autoren – davon zwölf Ukrainer – durchleuchten den Energiesektor ebenso wie den Agrarsektor und die Sozialsysteme. Fallstudien zu Demographie, Migration und Fremdenfeindlichkeit vermitteln seltene Einblicke, während präzise Darstellungen zu Literatur, Geschichte oder Rechtsstaatlichkeit den Überblick verschaffen. Ergänzt wird das 528 Seiten starke Handbuch durch 22 Karten und 120 Abbildungen.



Manfred Sapper, Volker Weichsel und Rainer Lindner (Hg.): Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine, 528 S., 120 Abb., 22 Karten, Berlin (BWV) 2010 [= OSTEUROPA 2–4/2010], ISBN: 978-3-8305-1496-1, zu beziehen für € 32,00 bei der Redaktion OSTEUROPA (osteuropa@dgo-online.org); Abstracts der Beiträge können unter <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues/issue.2010.1271260860000> eingesehen werden.

INHALT

Editorial

Kontinuität und Wandel

Andreas Kappeler

 Das historische Erbe der Ukraine
 Schichten und Elemente: Ein Essay

Rainer Lindner

 Einheit über beide Ufer
 Der Dnjepr als nationales Symbol der Ukraine

Katharina Raabe

Kosaken oder Kampfschildkröten. Die Ukraine lesen

DAS POLITISCHE

Gerhard Simon

 Demokratie und Nation
 Voraussetzungen der Volksherrschaft

Ellen Bos

 Stabile Instabilität, dynamische Blockade
 Das politische System der Ukraine

Angelika Nußberger, Caroline von Gall

 Rechtsstaat ohne Masterplan
 Recht und Gerichtswesen in der Ukraine

Gwendolyn Sasse

 Stabilität durch Heterogenität
 Regionale Vielfalt als Stärke der Ukraine

Heiko Pleines

 Demokratisierung ohne Demokraten
 Die Oligarchen in der ukrainischen Politik

Andrew Wilson

 Schildkröten in der Dämmerzone
 Die Politik in der Ukraine und der Wandel

Heike Dörrenbächer

The Winner Takes It All
 Die Präsidentschaftswahlen und die Folgen

Susan Stewart

 Das unsichtbare Zentrum
 Regionale Unterschiede in der Ukraine

Matthias Morgner

 Reformbedarf
 Kommunale Selbstverwaltung in der Ukraine

Andrej Kurkov

 Die Naturgesetze der Ukraine
 Von Politikern und Pragmatikern

DAS ÖKONOMISCHE

Serhij Zhadan

Straßenatlas der Ukraine

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Anders Åslund
Am Abgrund
Die ukrainische Wirtschaft in der Finanzkrise
Daten zur ukrainischen Wirtschaft

Petra Opitz
Ineffizient und intransparent
Der ukrainische Energiesektor

Simon Pirani
Am Tropf
Die Ukraine, Russland und das Erdgas

Lars Handrich, Oleksandra Betlij
Vor dem Kollaps
Renten- und Sozialsystem

Stephan von Cramon-Taubadel
Potential zum Agrarriesen
Die Lage der Landwirtschaft

Valentin Badrak
Exportorientiert
Der Rüstungskomplex, die Politik und der Markt

Leonid Rudenko
In der Krise
Die ökologische Lage in der Ukraine

Anne Wetzel
Umweltschutz und Bürgerbeteiligung
Chancen und Grenzen der Århus-Konvention

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Charles King
Stadt am Rande
Sevastopol: Europas nächster Krisenherd?

Oleksyj Haran, Petro Burkovskyj
Konflikt und Kooperation
Ukraine und Russland: Eine Beziehungsdynamik

Alena Hetmančuk
Mythen und Fakten
Die Ukraine und die NATO

Julia Langbein
A la carte
Die Ukraine und der Freihandel mit der EU

Kai-Olaf Lang
Von der Mission zum Pragmatismus
Polens Beziehungen zur Ukraine

DIE GESELLSCHAFT

Volodymyr Kulyk
Gesplante Zungen
Sprache und Sprachenpolitik in der Ukraine

Zaur Gasimov
Mova und Jazyk
Die Sprachendebatte in der Ukraine

Ella Libanova
Qualität statt Quantität
Chancen der demographischen Entwicklung

Olena Malynov'ska
An der Kreuzung
Migration aus, in und durch die Ukraine

Kerstin Zimmer
Abgründe und ihre Gründe
Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt

Vitalij Atanasov
Mythenbildung
Vom paradoxen Nutzen des Sowjeterbes

Karsten Hein
Mitten unter uns
Aids in der Ukraine

Datenblatt: Aids in der Ukraine

Rezensionen

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft




■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de